Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 91 || **Donnerstag, den 17 April 1930** || **82. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Das im Grundbuche für Pulsnitz Blatt 1660 auf den Namen der **Helene Elly vhl. Pampel geb. Barthel in Pulsnitz** eingetragene Grundstück soll

den 6. Juni 1930, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,7 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf **13 293 RM** geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt **13 150 RM**; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v 18. 3. 1921, GBl. S. 72).

Das Grundstück besteht aus Wohngebäude, Waschhaus und Holzschuppen, liegt in Pulsnitz an der Dreherstraße und trägt die Ortslistennummer 231E und die Nummer 857a des Flurbuchs für Pulsnitz.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 14. Septbr 1929 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt

Amtsgericht Pulsnitz, am 9. April 1930.

Mit Ermächtigung des Bezirksausschusses und im Benehmen mit der zuständigen Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer hat die Amtshauptmannschaft Kamenz die Herren

1. Rittergutsinspektor **Johann Sobe**
2. Landwirt **Richard Jakob**

in die gesetzlich vorgeschriebene Liste als **Sachverständige für die Abschätzung der Entschädigung bei Viehverlusten durch Seuchen** und

3. Landwirt **Richard Menzel**
4. „ **Erwin Kind**

als Stellvertreter aufgenommen.

Gemäß § 5 der Verordnung über die Entschädigung für Viehverluste durch Seuchen vom 13. 1. 1927 wird dies hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Pulsnitz, den 17. April 1930. **Der Stadtrat**

Die Polizeistunde wird hiermit für die Nächte vom 20 zum 21. und vom 21. zum 22. April 1930 auf 2 Uhr festgesetzt.

Pulsnitz, am 17. April 1930. **Der Stadtrat — Polizeiamt**

Anzeigen haben im **Pulsnitzer Tageblatt** **großen Erfolg**

Karfreitag

Wir alle tragen tief im Herz
Ein Sehnen nach dem Osterschein,
Wir alle streben sternenwärts
Ins friedenvolle All hinein,
Nach Emmaus, nach Ostern hin,
Und das der Glanz des Morgens schwebt,
Zu wissen, was des Menschen Sinn
Nur sehnend ahnt: Der Heiland lebt!

Und doch geht es so schwer uns ein,
Daß an dem Weg nach Emmaus
Im wolkendunklen Abendschein
Das Kreuz des Todes stehen muß,
Daß über Golgatha der Pfad
Uns führen muß durch Todesbann,
Eh' uns der Ostermorgen naht
Und uns vom Leid erlösen kann.

Das aber ist der tiefste Sinn,
Den alles Menschenstreben fand:
Das Irdische wird zum Gewinn
Nur dem, der selbst sich überwand.
Nur der auf Golgatha erkannt,
Daß alles Ird'sche muß verwehn,
Wird einst im goldnen Sonnebrand
Des Ostermorgens auferstehn!

Das aber ist auch unser Trost:
Wir wissen, wir verderben nicht,
Wenn von der Meute Haß umtost,
Am Kreuze unser Auge bricht.
Der Weg, der uns durch Leid und Not
Nach Golgatha geführt, er muß
Uns führen auch ins Morgenrot
Des ew'gen Lichts nach Emmaus!

Felix Leo Göckeritz.

Das Wichtigste

Nach einer Meldung aus Sevilla ist „Graf Zeppelin" am Mittwoch nachmittag auf dem Flugplatz in Huelva glatt gelandet. Die Landung hatte eine unübersehbare Schar Neugieriger aus der Stadt herbeigelockt

Der spanische Kabinettsrat hat nach einer Meldung Berliner Blätter aus Madrid Spaniens Teilnahme an dem in diesem Jahre von Deutschland organisierten Europaflug beschlossen.

Die Heuschreckenplage in Marokko und Aegypten wird täglicher unerträglicher. In Larache hat sich ein mehrere Kilometer langer Heuschreckenschwarm auf dem Eisenbahndamm niedergelassen und jeden Zugverkehr unmöglich gemacht. Die Regierung hat Militär entsandt, um die Schädlinge zu vernichten.

Der Reichshaushalt 1930 vor dem Reichsrat

Mittelstands-Vertreter beim Reichsjustizminister — Koch-Weser über die Aussichten des Kabinetts Brüning
Verschärfung der Lage in Indien

Der Reichsrat behandelte in seiner Mittwoch-Sitzung den Haushaltsplan für das Jahr 1930. Dem Bericht der Ausschüsse, den einleitend der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht erstattete, ist zu entnehmen, daß der Haushalt keine großen Ersparnisse bringt. Er wächst bei einer gesamten Nettoausgabe von 11 277,6 um 354,8 Millionen Mark. Eine Entlastung in Höhe von 125 Millionen tritt auf dem Gebiete der Liquidation des Krieges ein. Auf den Youngplan entfallen davon ungefähr 90 Millionen. Die Entschädigung für die polnischen Liquidationen ist mit 27,4 Millionen neu eingesetzt.

Die Ausschüsse haben, wie der Berichterstatter betonte, die Auflösung des Ministeriums und der Vermögensverwaltung für die besetzten Gebiete spätestens bis zum 1. Oktober 1930 beschlossen. Für den Restfonds wurden 10 Millionen bewilligt, daneben für kulturelle Fürsorge 2 Millionen, für andere Zwecke 400 000 Mark.

Für den Ostfonds wurden 22 Millionen eingesetzt; außerdem in Ausführung eines vorjährigen Gesetzes für Ostpreußen 29,3 Millionen, für die östliche und nördliche Wohnungsnot 12 Millionen. Der ostpreußische Siedlungsfonds von 18 Millionen wurde nicht wieder eingestellt. Ein Antrag, für die südöstlichen und nördlichen Grenzgebiete 6 Millionen zu bewilligen, wurde mit Rücksicht auf die Finanzlage abgelehnt.

Die größte Vermehrung ist bei der Wehrmacht eingetreten. Für Heer und Marine wurden 40,1 Millionen mehr gefordert. Ueber die Notwendigkeit von Streichungen fanden in den Ausschüssen heftige Kämpfe statt. Aus der Mitte des Reichsrats wurde die

Einsetzung einer ersten Rate für ein zweites Panzerschiff gefordert.

Der Antrag bekam eine veränderte Bedeutung, als die Reichsregierung — ohne den Antrag zu übernehmen — erklärte, sie würde sich für die Annahme mit Material und Gründen einsetzen, Preußen sprach gegen den Antrag. Die Mehrheit der Ausschüsse setzte sich mit Rücksicht auf die neue Erklärung der Reichsregierung für eine erste Rate in Höhe von 2,9 Millionen Mark ein, wenn der gleiche Betrag bei den anderen Schiffsbauten gestrichen würde.

Zum Schluß behandelte der Berichterstatter die Einnahmeseite. Die neuen Gesetze seien zugrunde gelegt. Das Gesamtbild könne dahin charakterisiert werden, daß der Haushalt die Wiederkehr des Vertrauens zur Solidität des Etats rechtfertige. Ueber

die Aussichten für 1931

äußerte sich Dr. Brecht, daß die Entlastung in diesem Jahre nur in Höhe von rund 200 Millionen wirklich fundiert sei. Auch diese Voraussage geschehe nur unter der Voraussetzung hänge von der wirtschaftlichen Entwicklung, von den Anleihemöglichkeiten und vom Sparprogramm auf lange Sicht ab. Im Zusammenhange mit dem Sparprogramm haben die Ausschüsse eine ganze Reihe von Entschließungen eingebracht, in denen die Reichsregierung um weitere Sparmaßnahmen ersucht wird.

Ferner ist eine Entschließung bemerkenswert, in der die Reichsregierung ersucht wird, die Neuregelung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge auf banktechnischer Grundlage unter Vermeidung des Aufbaues einer neuen Verwaltung vorzubereiten.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

gab dann eine Erklärung ab, in der er auf die Regierungserklärung des neuen Kabinetts hinwies, aus der hervorgehe, daß das Kabinett Brüning den vom Kabinett Müller aufgestellten Haushaltsplan unverändert übernommen habe. Daraus ergebe sich die Stellungnahme der Regierung auch zur Panzerkreuzerfrage. Die Reichsregierung halte an dem ursprünglichen Etat fest, sie könne erst nach dem Vorliegen der endgültigen Stellungnahme des Reichsetats zur Frage einer Doppelvorlage ihrerseits Stellung nehmen.

In der

Einzelberatung der Haushaltspläne

beantragte die Reichsregierung die Wiederherstellung des im Ausschuß gestrichenen Zuschusses von 120 000 Mark für das Berliner Philharmonische Orchester. Er wurde jedoch mit 31 gegen 29 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Beim Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete verlangte der Vertreter der Rheinprovinz, das Ministerium solle erst nach der Räumung aufgelöst werden. Da man diesen Termin noch nicht kenne (!), solle man nicht den 1. Oktober als Auflösungstag feststellen, sondern man solle sagen: zum erstmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber zum 1. Januar. Der Antrag fiel, da sich für ihn nur 29 Stimmen aussprachen, während ihn 36 ablehnten.

Beim Etat des Wirtschaftsministeriums beantragte Bürgermeister Scholtz-Berlin 1,2 Millionen Mark für alle Messen zu bewilligen. Der Berliner Hauptantrag wurde mit 42 gegen 17 Stimmen verworfen. Ein Berliner Eventualantrag, dann auch die 800 000 Mark für die Leipziger Messe zu streichen, wurde mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Beim Wehretat beantragte Reichswehrminister Gröner

die Wiedereinsetzung der von den Ausschüssen gestrichenen Beträge bei den Ausgaben für militärisches Personal, für Gebäudeunterhaltung und Bauten. Nach dem vom Kabinett vorgenommenen Abstrich von 50 Millionen seien weitere Abstriche gar nicht möglich, wenn der geregelte Betrieb der Wehrorganisation nicht empfindlich gestört werden solle.

Nunmehr beantragte der preußische Staatssekretär Dr. Weismann die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beim Panzerkreuzer, also die Streichung der von den Ausschüssen eingesetzten ersten Baurate für den neuen Panzerkreuzer. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 29 — also mit Stimmengleichheit — bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt. Danach hat der Reichsrat die erste Baurate bewilligt.